

## Zwischen UNO und INTIFADA: Ein Unruhiger September in den Palästinensischen Gebieten?

**Es ist unklar, was die Palästinenser durch ihren Gang vor die Vereinten Nationen erreichen können. Erste palästinensische Politiker erheben bereits warnend ihre Stimme. „September“ könnte zum Schlagwort einer neuen Phase des Nahostkonflikts werden.**

Tief im Westjordanland liegt das palästinensische Flüchtlingslager Qalandiya. Dort befindet sich der wichtigste israelische Kontrollpunkt. Die meisten Palästinenser, die nach Jerusalem wollen und dürfen, benutzen ihn. In den letzten Wochen kam es dort zu mehreren Demonstrationen gegen die israelische Besatzung. Am 15. Mai und 5. Juni gingen Hunderte Palästinenser auf die Straße. Die große Mehrheit blieb friedlich, doch vor allem in den Abendstunden, wenn die internationale Presse nicht mehr anwesend war, eskalierte die Lage in einigen Seitenstraßen. Während kleine Gruppen anfangen, Steine zu werfen und Autoreifen anzuzünden, ging die israelische Armee härter gegen die Demonstranten vor. Egal wie der palästinensische Versuch, im September 2011 in die Vereinten Nationen aufgenommen zu werden, auch ausgehen mag, auf Grund der enormen Erwartungshaltung ist für die Zeit danach mit weitaus größeren Demonstrationen zu rechnen.

### Der Schritt vor die Vereinten Nationen

Um im September 2011 in die Vereinten Nationen (VN) aufgenommen werden zu können, müssen sich die Palästinenser bis Mitte Juli in einem offiziellen Brief an den Generalsekretär der VN wenden, in dem sie die Mitgliedschaft beantragen. Mindestens 25 Tage vor Beginn der Generalversammlung, also spätestens am 20. August, muss dann die Abstimmung im Sicherheitsrat er-

folgen. Dort müssten sie mindestens neun von 15 Ländern auf ihre Seite bringen. Allerdings ist zu erwarten, dass mit den USA mindestens eine Vetomacht versuchen wird, eine Aufnahme „Palästinas“ in die VN zu verhindern. Sollte es dazu kommen, würden sich die Palästinenser an die Generalversammlung wenden, die in diesem Jahr am 13. September eröffnet wird. Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas hat diesen Alternativschritt bereits mehrfach bestätigt. Die dortigen Beschlüsse sind völkerrechtlich jedoch nicht bindend. Statt eines Aufnahmegesuchs könnte in einer symbolischen Abstimmung über die Staatlichkeit „Palästinas“ oder über eine Aufwertung der palästinensischen VN-Beobachtermission abgestimmt werden. Für eine Zweidrittelmehrheit wären derzeit 128 Stimmen notwendig. Bisher werden die Palästinenser von mehr als 115 VN-Mitgliedsländern, vor allem aus Afrika, Asien und Lateinamerika, als Staat anerkannt. Selbst die oft zitierte Resolution 377 der Generalversammlung von 1950 bietet keinen Ausweg aus diesem Dilemma. Sie wurde bekannt unter dem Namen „Uniting for Peace“ und war dazu gedacht, die Lähmung des Sicherheitsrates während des Kalten Krieges zu überwinden. Die Generalversammlung kann durch dieses Verfahren den Sicherheitsrat umgehen und direkt aktiv werden sowie anschließend Vorschläge an die Mitgliedsländer abgeben. Dafür müssten die Palästinenser aber nicht nur eine Lähmung des Sicherheitsrats nachweisen, sondern auch, dass ihre ausbleibende Staatlichkeit den Weltfrieden und die internationale Stabilität gefährdet.

Nach derzeitigem Kenntnisstand muss davon ausgegangen werden, dass die Palästinenser mit ihrem Aufnahmegesuch schei-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE  
GEBIETE**

FELIX DANE  
JÖRG KNOCHA

28. Juni 2011

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

tern werden, da die US-Administration diesen Schritt vehement ablehnt. Lediglich ein Pyrrhussieg vor der Generalversammlung ist dann noch für sie möglich. Einflussreiche palästinensische Politiker warnen bereits vor dieser Strategie. Argumente für und gegen „September“ gibt es zahlreiche.

**Ein kontroverser Pfad**

Vernimmt man die Verlautbarungen von Präsident Abbas, so scheint die gesamte Palästinenserführung hinter dem Schritt vor die VN zu stehen, sollte es nicht zu neuen Friedensverhandlungen mit Israel kommen. Nach der Rede des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu vor dem US-Kongress Ende Mai bekräftigte Abbas, dass *„wir vor die Vereinten Nationen gehen werden, wenn bis September nichts mehr passiert“*. Doch laut israelischen und palästinensischen Tageszeitungen gibt es einen wachsenden Dissens. Ministerpräsident Salam Fayyad, der ehemalige Regierungschef Ahmed Qureia und der vormalige VN-Gesandte Nasser al-Qudwa sollen sich gegen diesen Weg ausgesprochen haben. Al-Qudwa glaubt nicht daran, dass die Palästinenser durch die VN einen unabhängigen Staat erlangen können. Der richtige Weg wären bilaterale Vereinbarungen mit wichtigen Akteuren wie der Europäischen Union und den USA. Der hochrangige Fatah-Funktionär Nabil Amer sieht die einzige Möglichkeit „September“ zu einem Erfolg zu machen darin, möglichst viele Nationen zu einer schriftlichen Fixierung ihrer Unterstützung für einen Palästinenserstaat zu bewegen. Dabei spielt vor allem die Befürchtung eine Rolle, dass man Israel zwar schaden, aber den eigenen Zielen keinen Schritt näher kommen würde. Der Gefahr, sich auf einen Konfrontationskurs mit den USA zu begeben und große Mengen an Hilfszahlungen zu verlieren, ist sich auch Präsident Abbas bewusst. Für ihn bleiben Verhandlungen mit Israel die erste Wahl. Im Juni betonte er zum wiederholten Male, dass seine *„erste, dritte und zweite Priorität“* Verhandlungen seien. Diese könnten aber nur dann stattfinden, wenn Israel bereit wäre, die Grenzen von 1967 als Gesprächsgrundlage anzuerkennen.

Die Hamas ist auffallend zurückhaltend, wenn es um die Pläne der Palästinenserführung im Westjordanland geht. Gibt es doch einmal Verlautbarungen, bleiben diese vage. In einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Aaron Klein vertrat Mahmoud al-Zahar, einer der wichtigsten Führer der Islamisten in Gaza, die Auffassung, dass die internationale Gemeinschaft den Palästinensern im September keinen Staat zugestehen wird. Daher stelle sich die Frage zur Positionierung der Hamas nicht.

**Proteste ohne Gewalt?**

In einer Umfrage des Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR), einem Partner der KAS Ramallah, vom Dezember 2010 wurde die Frage gestellt, was die beste Alternative zu Verhandlungen sei. 31 Prozent der Palästinenser bevorzugten den Gang vor die VN, während 29 Prozent die Rückkehr zur Gewalt befürworteten. Drei Monate später, während der „Arabische Frühling“ bereits im vollen Gange war, sah das Bild völlig anders aus. Die überwältigende Mehrheit setzte nun auf Demonstrationen, nicht nur gegen Israel sondern auch gegen die eigenen Führungen: die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) im Westjordanland bzw. die Hamas in Gaza. 51 Prozent bevorzugten dabei den Slogan *„die Menschen wollen das Ende der Spaltung“*. Nur wenig später kam es zur Versöhnung zwischen Fatah und Hamas. Unklar ist jedoch ob diese tatsächlich von Dauer ist und zu einer Wiedervereinigung der Palästinensergebiete führen wird, da sich schon die Regierungsbildung als problematisch erweist. Mehrere Treffen zur Regierungsbildung wurden bereits verschoben. Der zweitbeliebteste Slogan war *„die Menschen wollen das Ende der Besatzung“* (24 Prozent). Der Ruf nach Gewalt und einer neuen Intifada wurde lediglich von zwei Prozent unterstützt.

Die Beteiligung an Demonstrationen gegen die israelische Besatzung blieb bisher gering. Doch waren die Bekundungen am 15. Mai, dem Tag der Staatsgründung Israels, die größten seit mehreren Jahren. Am 5. Juni, an dem 1967 der Sechs-Tage-Krieg

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE  
GEBIETE**

FELIX DANE  
JÖRG KNOCHA

**28. Juni 2011**

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

ausbrach und Israel anschließend die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen, das Westjordanland inklusive Ost-Jerusalem und Gaza besetzte, gab es zum ersten Mal überhaupt größere Proteste. Bisher stieß dieser Tag lediglich in den Nachbarländern, die von Israel 1967 besiegt wurden, auf Resonanz. Mehrere zivile Gruppen sowie Präsident Abbas und Ministerpräsident Fayyad treten bereits seit langem für einen friedlichen Protest gegen die Besatzung ein. Verhandlungen werden dadurch aber nicht ausgeschlossen, da dieser Ansatz von der Palästinenserführung bereits seit mehreren Jahren praktiziert wird und es in dieser Zeit sowohl indirekte als auch direkte Gespräche mit Israel gab. Auch radikalere Gruppen wie die Hamas oder der Islamische Jihad scheinen zumindest vorübergehend die Vorteile eines solchen Ansatzes zu akzeptieren. Seit dem Versöhnungsabkommen von Anfang Mai, das von mehr als einem Dutzend Gruppen akzeptiert wurde, gab es keinerlei Angriffe der Hamas. Radikale Kleinstgruppen aus Gaza feuerten dennoch mehrere Raketen bzw. Mörsergranaten auf Israel ab, die keinen Schaden anrichteten. Zivile Gruppen, wie die Bewegung vom 15. März, die bereits Tausende Palästinenser für eine Aussöhnung zwischen den Palästinenserparteien auf die Straße brachte, organisieren sich derweil über Internetplattformen wie *Facebook*, *Twitter* und *YouTube*. Dass diese Diskussionen nicht innerhalb einer privilegierten Elite stattfinden, zeigen die Mitgliedszahlen von *Facebook*, die der Arab Social Media Report der Dubai School of Government im Januar 2011 veröffentlichte. Ende 2010 waren über 474.000 Palästinenser dort registriert, was einem Bevölkerungsanteil von mehr als zehn Prozent entspricht – deutlich mehr als z.B. in Ägypten. Über 80 Prozent davon sind jünger als 30 Jahre.

**September und danach**

Der Gang vor die Generalversammlung der VN wird den Palästinensern keinen Staat bringen, da die Beschlüsse der Generalversammlung völkerrechtlich nicht bindend sind. Doch ist die Erwartungshaltung der Bevölkerung zu groß, ohne Friedensverhandlungen jetzt noch umzukehren. Unter-

nimmt Präsident Abbas zu einem solch späten Zeitpunkt einen Rückzieher, würde sich tiefe Enttäuschung in den Palästinensergebieten breit machen. Massive Demonstrationen wären eine Konsequenz. Da der VN-Plan eines der stärksten politischen Mittel der Palästinenser ist, würde im Falle einer Umkehr der Palästinenser der Druck auf Israel, den Siedlungsbau zu stoppen und neue Verhandlungen aufzunehmen, abnehmen. Ein zukünftiges Aufnahmegesuch würde an Glaubwürdigkeit verlieren. Eine Eskalation ist aber auch dann zu befürchten, wenn es durch ein US-Veto im Sicherheitsrat zum erwarteten „Nein“ zur Aufnahme kommt. Ein anschließender positiver Beschluss der Generalversammlung wäre reine Kosmetik und würde an den Verhältnissen im Westjordanland, dem Gazastreifen und in Ost-Jerusalem nichts ändern.

Dafür, dass eine Eskalation im Herbst nicht zu einer neuen Anschlagswelle in Israel führt, gibt es starke Indizien. Die Fatah hat bereits seit langem der Gewalt abgeschworen. Auch die Al-Aksa-Brigaden, die der Fatah als militärischer Arm zugeschrieben werden, haben sich im Westjordanland nahezu aufgelöst und seit 2008 für keinen Anschlag mehr die Verantwortung übernommen. Stattdessen versucht die PA durch ein ambitioniertes Programm, bestehend aus Korruptionsbekämpfung, Sicherheitsreformen und Institutionenaufbau, die Grundlagen für einen zukünftigen Staat zu legen. Auch die Hamas ist an einem Waffenstillstand interessiert. Im Aussöhnungsabkommen mit der Fatah stimmte sie nicht nur einer Verlängerung der Waffenruhe mit Israel zu, sondern garantierte auch, dass sie nicht mehr durch die kleineren, radikaleren Gruppen in Gaza Israel indirekt attackiert. Vor den nationalen Wahlen, sollten sie tatsächlich bis Mai 2012 stattfinden, haben die Islamisten kein Interesse, von diesem Kurs abzuweichen. PSR-Zahlen belegen nämlich, dass eine große Mehrheit der Palästinenser die Friedenspolitik von Abbas einer militanten Haltung vorzieht. Dutzende ehemalige internationale Spitzenpolitiker sind zu dem Schluss gekommen, dass eine von beiden Parteien getragene Regierung der beste Weg ist, für Frieden zu sorgen. Dazu gehören ehemalige

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE  
GEBIETE**

FELIX DANE  
JÖRG KNOCHA

**28. Juni 2011**

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)



**Impressum**

Konrad Adenauer Stiftung e.V.  
Auslandsbüro Palästinensische  
Gebiete  
Internationale Zusammenarbeit

PO Box 27242 | 91272 Jerusalem  
Telefon  
+972 2 24043-05  
Telefax  
+972 2 24043-07

Regierungschefs und Außenminister aus Australien, Frankreich, Italien, Israel und den Niederlanden. Sie riefen im Juni in einem offenen Brief dazu auf, diese zu unterstützen und nicht die Fehler von 2006, also einen Boykott, zu wiederholen. Auch Andreas Schockenhoff, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nannte das Versöhnungsabkommen nach einem Besuch in Ramallah eine Möglichkeit „zu einer bedeutenden Etappe auf dem Weg zur Zwei-Staaten-Lösung“ zu werden. Aber selbst wenn es zu einer internationalen Anerkennung der Regierung kommen würde, ist auf Grund der zunehmenden Mobilisierung der Bevölkerung durch zivile Gruppen eine andere Form der Eskalation zu erwarten: Massendemonstrationen in den Palästinensergebieten und Protestaktionen von Palästinensern außerhalb Israels. Eine Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen nach September könnte diese abmildern. Präsident Abbas hat sich bereits mehrfach dazu bereit erklärt. Doch ist eine israelische Zustimmung zu der palästinensischen Forderung, die Grenzen von 1967 als Verhandlungsgrundlage anzuerkennen, unwahrscheinlich. Für Ministerpräsident Netanjahu sind diese Grenzen nicht verteidigbar und daher inakzeptabel. Die israelische Politik ist darauf konzentriert, möglichst viele Nationen dazu zu bringen, einen palästinensischen Staat in der Generalversammlung abzulehnen. Um den vom israelischen Verteidigungsminister Ehud Barak prophezeiten „diplomatischen Tsunami“ zu verhindern, wurde eigens ein „September-Forum“ im Außenministerium etabliert. Es wird vom Direktor der Nahostabteilung, Yaakov Hadas, geleitet und dient der Mobilisierung aller israelischen Auslandsvertretungen. Ziel ist es, zu verdeutlichen, dass eine Anerkennung „Palästinas“ zukünftige Friedensgespräche unmöglich machen würde und zur Delegitimierung Israels beitragen würde.

Umfragewerte, Kampagnen im Internet und Debatten in der Bevölkerung deuten darauf hin, dass es im Herbst 2011 zu großen Demonstrationen in den Palästinensischen Gebieten kommen könnte. Sollten diese zivil organisierten Proteste dann auch erstmalig von Fatah und Hamas aktiv un-

terstützt werden und dabei weiterhin weitgehend friedlich bleiben, dann könnte hieraus auch eine eigene politische Dynamik folgen. Ein israelischer Oberst mit langjähriger Erfahrung in den besetzten Gebieten meinte dazu: „(N)atürlich haben wir keine Antwort auf 5000 Demonstranten, die auf eine Straßensperre zumarschieren. Tränengas und Gummigeschosse sind nicht in der Lage eine große Gruppe von Menschen zu stoppen, die entschlossen ist vorwärts zu gehen“. Fraglich ist, ob es dann friedlich bleiben wird und ob die Proteste sich zu einer Intifada, also ein Aufbegehren des Volkes, ohne Waffen ausweiten werden.